



# DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

## WASSERPRIVATISIERUNG

### Konzerngier ohne Grenzen

Slowenien zeigte es vor: Als einziges Land in der EU hat es das „Recht auf Wasser“ in den Verfassungsrang gehoben. Angesichts der Begehrlichkeiten internationaler Großkonzerne ein wichtiger Schritt...

Seiten 18-19



# Mutig in die neuen Zeiten

## FP übt Kritik: Palmöl in AMA-Produkten

Mit dem AMA-Gütesiegel gekennzeichnete Produkte sollen kein Palmöl enthalten dürfen, so die Forderung der Freiheitlichen.

Seite 2

## Das Verbot für Pflanzenschutzmittel

NGOs jubeln, doch Experten sehen das ab 2018 in Kraft tretende Verbot skeptisch. Haben sich die NGOs zu früh gefreut?

Seiten 8-9

## „Sojamilch“-Aus von EU beschlossen

Die irreführende Bezeichnung „Sojamilch“ verschwindet aus den Regalen. Tofu-Bratwurst und Soja-Schnitzel bleiben vorerst...

Seite 15

## OÖ-Bauern sind vorsichtig optimistisch

Der Bauernbund feiert die aktuelle Umfrage des Market-Institutes. Doch gibt für die Bauern auch Gründe zu feiern?

Seiten 20-21

Ausgabe 03/17 (07.07.17)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich  
Freiheitliche Bauernschaft OÖ, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info,  
www.derfreiebauer.info, P.b.b. - SP - 07Z037583S - Verlagspostamt 4020 Linz

## Wertschätzung lässt Bauernsterben sinken



In Südtirol entschließt sich die bäuerliche Folgegeneration immer öfter, die Höfe ihrer Eltern und Großeltern zu übernehmen. Wesentlicher Grund sei hier vor allem die hohe Wertschätzung für Bauern und die produzierten Lebensmittel, wie Agrarlandesrat Arnold Schuller (SVP) betont.

Foto: pixabay

## Streng geheim: JEFTA - Handelspakt mit Japan



Seit 2013 wird hinter verschlossenen Türen an einem Freihandelsabkommen der EU mit Japan (JEFTA) verhandelt – Inhalt streng geheim! Beim G20 Gipfel in Hamburg wird JEFTA ein großes Thema sein. „Wir müssen und wollen das zu einem Abschluss bringen“, so Angela Merkel.

Foto: Flickr, Philipp, CC BY 2.0

## Intransparenz bei AMA lässt die ÖVP kalt

Ein Problem der AMA ist ihre intransparente Wirtschaftsweise, welche bereits vom Rechnungshof kritisiert wurde. Die AMA verwende öffentliche Gelder, entziehe sich aber der Kontrolle durch den Nationalrat, so FPÖ-Agrarsprecher Harald Jannach, der deshalb einen gemeinsamen Antrag mit allen Oppositionsparteien in den Nationalrat einbrachte. Die Forderung: Der AMA-Verwaltungsrat soll mit Vertretern aller im Hauptausschuss des Parlaments vertretenen Parteien besetzt werden. Am 21. Juni wurde dieser im Landwirtschaftsausschuss thematisiert und schließlich vertagt. Der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, NAbg. Hermann Schultes meinte, dass Prüfungen des Rechnungshofs ausreichende Kontrolle bieten und wies darauf hin, dass die AMA in der Verantwortlichkeit von Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter fällt. Es scheint, als ob sich die ÖVP nicht in die Karten schauen lassen will, oder hat sie etwa noch mehr zu vertuschen?



Foto: pixabay

# Kritik an AMA-Gütesiegel: Weiter Palmöl in AMA-Pr

Produkte, die auch Palmöl enthalten, dürfen noch das hochgelobte AMA-Gütesiegel tragen. Die Produktionsweise, als auch die negative Wirkung auf die menschliche Gesundheit dieses Öls sind bedenklich. Seit langem fordert deshalb die FPÖ diesem Irrsinn ein Ende zu bereiten. Dass es die AMA überhaupt zugelassen hat, stößt bei Bauern und Konsumenten auf Unverständnis.

Im April brachte der Agrarsprecher der FPÖ, NAbg. Harald Jannach, einen Antrag in den Nationalrat ein, der Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter aufforderte, eine Überarbeitung der AMA-Gütesiegel-Richtlinien zu veranlassen, dass das AMA-Gütesiegel 100% Palmöl-Freiheit garantiert. „Das AMA-Gütesiegel verspricht den Konsumentinnen und Konsumenten oft mehr, als es hält und signalisiert den Käufern auf den ersten Blick eine falsche Qualität. Das AMA-Gütesiegel gewährleistet weder eine Garantie auf Gentechnikfreiheit, noch auf 100% Inhaltsstoffe aus Österreich und schon gar nicht auf Palmöl-Freiheit“, so Jannach. Ein weite-

res wichtiges Argument ist, dass der steigende Verbrauch von Palmöl den heimischen Milch-Fett-Markt zunehmend verdrängt. Österreichische Milchbauern unterstützen mit AMA-Beiträgen Produkte, geraten aber zugleich durch Palmölverwendung ins Hintertreffen, kritisierte Jannach. Der Antrag wurde im Landwirtschaftsausschuss abgelehnt, ÖVP, SPÖ und die Neos waren dagegen. Man konnte sich jedoch auf einen abgeschwächten Kompromiss einigen, in dem Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter aufgefordert wurde, Gespräche mit der AMA zur Palmölfreiheit ihrer Produkte zu führen. Der Minister versicherte, dass

dies in den nächsten sechs Monaten erfolgen solle. Ob es Rupprechter gelingt, noch vor der Wahl endlich Taten zu setzen, wird sich zeigen. Die Freiheitlichen bleiben jedenfalls hartnäckig an dem wichtigen Thema dran.

Interessant und entlarvend zugleich, sind Meldungen, welche NAbg. Leo Steinbichler (Team Stronach) verbreitet. Laut ihm hätten die Freiheitlichen gegen ihren eigenen Antrag gestimmt. Bei einer einfachen Recherche auf der Homepage des Österreichischen Parlaments lässt sich jedoch leicht feststellen, dass dem nicht so war. Im Ausschuss waren FPÖ, Grüne und Team Stronach für den Freiheitlichen Antrag, ÖVP, SPÖ und Neos verhinderten jedoch, dass der Antrag im Nationalrat zur Abstimmung gebracht werden konnte. Die FPÖ hat klarerweise dem ablehnenden Ausschussbericht, der ihren Antrag betrifft, nicht zugestimmt. Vermutlich hat



## Dank Unterstützung des Landes: Zahl der Almen in Oberösterreich bleibt stabil

Die Anzahl der bewirtschafteten Almen in Oberösterreich bleibt vorerst stabil. Derzeit werden noch 426 Almen bewirtschaftet und in den vergangenen 15 Jahren konnten etwa 250 Hektar neue Weideflächen geschaffen werden. Das Land investiert jährlich 400.000 Euro in Projekte zur Unterstützung der Almwirtschaft. In den vergangenen zwei Jahren gab es insgesamt 60 Landesprojekte. Vor allem im Tourismus sind Almen unverzichtbarer Teil der alpinen Kulturlandschaft.

Foto: pixabay



Wir Bauern

## Schöne Aussichten?

Die öffentliche Konsultation über die neue GAP mit der EU-Kommission ist gerade zu Ende gegangen und zufrieden vermeldet die Kommission fast 323.000 Antworten, wobei knapp 50 Prozent aus Deutschland kamen. 97 Prozent kamen von Privatpersonen, aber nur sieben Prozent von ihnen haben beruflich mit der Landwirtschaft zu tun. Die Vereinigung der großen Bauernverbände (Copa) hat sich sowieso schon festgelegt: grundlegende Änderungen am 2-Säulensystem soll es nicht geben.

### Franz Graf

Die Systembewahrer, samt Bauernbund, wünschen sich eine behutsame Weiterentwicklung und natürlich eine Entbürokratisierung. Die Preisentwicklung der letzten sechs Jahre lässt offenbar nicht bei allen die Alarmglocken läuten und scheint kein Grund zu sein, das System einmal ernsthaft zu hinterfragen. Dabei stellt sich doch jetzt zumindest die Frage: Passen wir unsere Getreide- und Fleischpreise den erhöhten Einheitswerten an oder doch die Einheitswerte den schlechten Preisen? Die letzten politischen Entscheidungen müssen hier unbedingt korrigiert werden. Viele unserer Probleme sind politisch hausgemacht. Wie zum Beispiel die neue Schweinegesundheitsverordnung. In der Realität wird mit überzogenen und vor allem kostenintensiven baulichen Auflagen, kleineren Betrieben das Ausweichen auf Weidehaltung und neue Fleischqualitäten unmöglich gemacht. So wird das mit dem Feinkostladen Österreich bestimmt wieder nichts.

## Gurkenbauer in Bayern wehrt sich Verpackungswahn

Hohe Wellen in den sozialen Netzwerken schlug kürzlich das Video eines erbosten Gurkenbauern aus Segnitz im Landkreis Kitzingen (D), der sein Ware nicht mehr einzeln in Plastikfolie verpacken wollte. Der Handel weigerte sich daraufhin, seine Ware abzunehmen. Der Bauer pflügte einen Teil seiner hochwertigen Ware unter und verkaufte den Rest seiner Ernte um 10 Euro pro Kilo.

In dem Video zu dem „Gurkenprotest“, das mittlerweile über zwei Millionen mal angesehen wurde, heißt es: „Die großen, bekannten Handelsketten wollen nur noch in Plastikfolie verpackte Gurken annehmen. Deshalb werden in Segnitz in Unterfranken diese Minigurken in Top-Qualität vernichtet.“

Tatsächlich nimmt der Verpackungswahn im Handel immer mehr zu. Immer wieder werden auch in sozialen Netzwerken Bilder aus dem Handel geteilt, auf denen etwa geschälte Ananas oder Orangenstücke verzehrfertig in Plastikverpackung gezeigt werden. Kriti-

ker befürchten, dass durch den sorglosen Umgang mit Plastikverpackungen der Müllberg immer weiter ansteigt.

Vertreter des Handels wehren sich: Eine Plastikverpackung schütze Bio-Gurken beim Transport und halte sie länger frisch, schreiben etwa die deutschen Handelsketten Aldi, Edeka und Rewe auf Anfrage des Norddeutschen Rundfunks. „In vielen Märkten verkauft sich abgepackte Ware deutlich besser als lose Ware“, schreibt Edeka. Auch der Schutz vor Kontamination durch konventionell hergestellte Ware sei ein Argument, Bio-Ware abzupacken. Durch eine Änderung der Regale im Handel ließe sich dieses Argument leicht ausschalten. Beim Kaufverhalten kommt es wieder einmal auf den Konsumenten an. Den Druck, der durch den Käufer auf den Handel ausgelöst wird, wird oft unterschätzt. Dem Bauern aus Segnitz wird das nichts mehr helfen: Er kündigte an, die Gurkenproduktion notfalls einzustellen, sollte der Handel weiter an Plastikverpackungen für seine Gurken festhalten.



Foto: pixabay

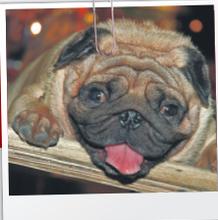


## Produkten

Steinbichler den Bericht mit dem Antrag verwechselt. Ob Palmöl in Zukunft verstärkt den europäischen Markt fluten wird, scheint an den aktuellen Verhandlungen der Kommission mit Indonesien über ein Freihandelsabkommen zu liegen. Erfahrungen damit hat jedenfalls schon die Schweiz gemacht, sie verhandelt mit Malaysia bereits seit 2012. Malaysia und Indonesien sind die Hauptanbauggebiete von Palmöl. Dass Malaysia einen zollfreien Export von Palmöl fordert, hat die Schweiz bis jetzt daran gehindert, dem Papier zuzustimmen. Eine Gewährung dieser Forderung würde die Palmöl-Importe in die Höhe schnellen lassen. Nicht nur die Produktion von heimischen Ölen, wie Rapsöl, wäre davon betroffen, es wäre auch ein Anschlag auf die Gesundheit der Europäer. Hoffentlich sind sich die EU-Parlamentarier dieser Tatsache bewusst.

Foto: pixabay

## Hässlich: Martha wurde zum Ekel-Hund gewählt



So fesch wie der Hund auf diesem Foto ist Martha nicht. Die 56 Kilo schwere Dame der Rasse „Mastino Napoletane“ ist dank ihrer überdimensionalen Hautlappen in Kalifornien zum hässlichsten Hund der Welt gewählt worden. Die Zuschauer überzeugte zugleich ihr sympathischer Charakter.

Foto: pixabay

## Tödlich: Bub kam bei Ausfahrt ums Leben



Tragödie im Salzburger Flachgau: Als ein Bauer mit seinem zweijährigen Sohn auf dem Schoß einen Kompaktlader fuhr, stürzte der Bub durch eine holprige Geländeunebenheit in die Maschine. Der Zweijährige wurde zwischen Hebearm und Frontrahmen eingeklemmt und starb wenig später.

Foto: pixabay

# Kostenturbo Bürokratieirrsinn: Der Soziale Wohnbau soll leistbarer werden

**Bürokratische Hürden, komplizierte Normen und Auflagen erschweren auch in Oberösterreich spürbar den sozialen Wohnbau. Denn dadurch würden die Baukosten stetig steigen.**

Zu diesem alarmierenden Befund kommt eine von OÖ-Wohnbaureferent und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner in Auftrag gegebene Studie der TU Graz. Durch eine Reduzierung der Vorschriften bei der mechanischen Lüftung, überdimensionalen Fluchtwegslängen sowie der Barrierefreiheit könnten die Wohnungskosten um ganze 20 bis 30 Prozent zugunsten des Portemonnaies der Mieter gesenkt werden, so die Studie. Haimbuchner (FPÖ) betont, diese Vorschläge realisieren zu wollen.

„Unser Ziel ist es, leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Das gelingt uns auch mit der stabilen Neu-

bauleistung von rund 2.500 Wohneinheiten im Jahr im mehrgeschossigen Wohnbau“, unterstreicht er. Der soziale Wohnbau trage „entscheidend zur Dämpfung der Wohn- und Mietpreise am Markt bei“.

Vor diesem Hintergrund stelle die spürbare Erhöhung der Baukosten im Zeitraum zwischen 2004 und 2014 eine erhebliche Belastung für das Land sowie die Mieter dar. Dank Wirtschaftlichkeitsparameter und Ausstattungskatalog sei es bisher trotzdem gelungen, leistbaren Wohnraum auf hohem Niveau anzustreben. Möglichkeiten, auch künftig Wohnraum zu schaffen, gebe es zweifelsohne, betont Haimbuchner: „In Städten könnte man durchaus nur 20 Prozent der Gebäude barrierefrei gestalten – mit Extraausstattungen zur Erleichterung für gebrechliche oder behinderte Menschen.“

Es sei jedoch dringend notwendig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu ändern sowie Normen zu entwirren und zu entschärfen. „Denkbar wäre es, verschiedene Arten des sozialen Wohnbaus zu errichten: Barrierefrei und mit Lift und/oder mit Vollausstattung. Wer sich das aber nicht leisten kann und will, soll ebenso ein Billigangebot haben können. Nur so kann sozialer Wohnbau und leistbarer Wohnraum mittel- und langfristig gewährleistet werden“, unterstreicht Haimbuchner mit Nachdruck.



Foto: FPÖ

Das beschauliche Tulln (NÖ): Hier vergewaltigten Asylwerber ein 15-jähriges Mädchen mehrfach äußerst brutal. Dem ÖVP-Bürgermeister Peter Eisenschenk wird vorgeworfen, an der Vertuschung des Falls maßgeblich beteiligt gewesen zu sein.



## Sex-Täter erschreckend häufig Immer mehr Asyl-

Von zahlreichen Fällen brutaler Sex-Attacken sowie Vergewaltigungen und Vergewaltigungsversuchen war in den vergangenen Wochen zu lesen. Zu solchen Attacken kam es u.a. beim Wiener Donauinsselfest sowie in Linz, Bregenz, Graz, Innsbruck und Neunkirchen. Einzelne Fälle gerieten erst durch Medienberichterstattung sowie mutige Polizei-Insider ans Licht der Öffentlichkeit. Für besonders viel Aufsehen sorgte eine mehrfache Vergewaltigung einer 15-Jährigen im niederösterreichischen

Tulln Ende April. An der Tat sollen mehrere Asylwerber, darunter auch ein Afghane sowie ein Somalier, beteiligt gewesen sein. Die „Kronen-Zeitung“ berichtete Mitte Mai exklusiv über den schockierenden Fall, andere Medien zogen nach. Dem Tullner ÖVP-Bürgermeister Peter Eisenschenk wird laut Enthüllungen der oberösterreichischen Zeitung „Wochenblick“ zudem vorgeworfen, an einer mutmaßlichen Vertuschung der Vergewaltigung beteiligt gewesen zu sein. „Wir haben diese Info

Foto: Bildarrangement, pixabay, Tulln: Wikimedia, GuentherZ, CC BY 3.0

## Glücklich: Kätzchen aus Motorraum gerettet



Großes Glück für eine kleine Katze im Innviertel: Der Stubentiger verirrt sich im Motorraum eines abgestellten Autos. Der Wagenlenker entdeckte rechtzeitig das Kätzchen, fuhr zum ÖAMTC-Stützpunkt Braunau. Dort befreite Techniker Leopold Schatzl es aus seiner misslichen Lage.

Foto: pixabay

## Ärgerlich: Diebesbande erst jetzt geschnappt



Eine Einbrecherbande, bestehend aus einem Bosnier und zwei Komplizen, wütete seit April im Großraum Linz. Ende Mai drückten sie in Leonding mit einem Bagger die Auslagescheiben eines Juweliers ein. Nun konnte die Polizei die größtenteils geständigen Serieneinbrecher festnehmen.

Foto: pixabay



# Migranten oder Asylanten Vergewaltigungen

unter der Hand von diversen Behörden bekommen. Wir wissen, dass es intern bei der Polizei einen Maulkorberlass gab“, betonte dazu der Tullner FPÖ-Parteiohmann Andreas Bors. Auch in Linz soll laut Medienberichten eine Vergewaltigung durch Asylwerber vertuscht worden sein. Der Hintergrund: Ein „Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtling“ aus Afghanistan sowie ein österreichischer Staatsbürger türkischer Herkunft hatten mutmaßlich Anfang Juni eine 18-jährige Maturantin, die sich früh-

morgens auf dem Weg zum Bäcker befand, in einen Keller gezerrt und bestialisch vergewaltigt. Das Haus, in dem sich der Vergewaltigungs-Keller befindet, wird als Asylheim genutzt. Mehr Glück als das 18-jährige Mädchen hatte eine vier Jahre ältere Österreicherin am Linzer Hauptbahnhof. Die Frau wurde dort laut „Wochenblick“ von einem Afghanen gepackt, dieser drohte ihr offen mit einer Vergewaltigung. Gerade noch rechtzeitig konnte sie sich losreißen und in eine Bim flüchten.

Foto: pixabay



## Aggressive „Gäste“: Bauer wehrt sich mit Gülleaktion

Auf kreative Art hat sich jetzt ein Bauer aus Burgberg im Allgäu gewehrt. Seit längerer Zeit hatten sich auf seinem abgezäunten, an einem See gelegenen Grundstück wiederholt Badebegeisterte zum Sonnen ausgebreitet. Der Landwirt soll die Ruhestörer laut der deutschen „Bild“-Zeitung mehrfach erfolglos zum Räumen aufgefordert haben. Die Badenden hinterließen

weiterhin großflächig ihren Müll, drohten sogar mit Prügel. „Vor zwei Jahren mussten wir eine unserer Kühe einschläfern, da sie Fremdkörper gefressen hatte“, ärgerte sich der Landwirt. Nun hatte er genug: Mit seinem Traktor verteilte er reichlich Gülle auf der Wiese. Rund 40 Badende nahmen schnell Reißaus. Ob sie wiederkehren werden, ist noch ungewiss.

Foto: pixabay

## Spaß für Groß und Klein in Wels Die Familientage

Viele strahlende Kinderaugen gab es am 18. Juni in der Welscher Stadthalle: Oberösterreichs beliebteste Kinderliedermacher, die Band „Bluatschink“ und Mai Cocopelli, luden gemeinsam mit der „ÖÖ Familienkarte“ zu Konzerten der Extraklasse. Dargeboten wurden u.a. die Ohrwür-

mer „Ritter Rüdiger“ und „Der Breitmaulfrosch“ von „Bluatschink“. Auch ÖÖ-Familienreferent Manfred Haimbuchner freute sich: „Dank der Unterstützung der Kooperationspartner, der Stadt Wels und dem Verein ‚Abenteuer Familie‘ konnten wir diesen Event für die Familien gratis anbieten“.



Foto: Land OÖ/Kauder

## „Vorträge“: Verlangte Grüner Eintrittsgeld?

Der Welser Grünen-Finanzreferent und Anti-FPÖ-Aktivist Thomas Rammerstorfer soll bei einem „Extremismus-Vortrag“ am Linzer BORG Honauerstraße mutmaßlich Eintrittsgeld verlangt haben. Dies sei nicht zulässig, betonen Kritiker. Die Staatsanwaltschaft wurde nun eingeschaltet.



Symbolfoto: pixabay

## Traraa: Asyl-Aktivistin Bock wurde im Juni 75

Die Pädagogin und Asyl-Aktivistin Ute Bock beging am 27. Juni ihren 75. Geburtstag. Die rüstige Wienerin hatte 2002 das berühmte „Flüchtlingsprojekt Ute Bock“ gegründet. Bock wurde jedoch auch vorgeworfen, zahlreichen afrikanischen Drogendealern Unterschlupf gewährt zu haben.



Foto: pixabay



## Pakistani: Asylheime voller Terroristen

In einem Interview mit der Online-Zeitung „TAG24“ warnt der pakistanischstämmige Journalist Shams Ul-Haq (Bild) eindringlich vor zahlreichen Schläfern in den Asylheimen Österreichs, Deutschlands und der Schweiz. Der renommierte Journalist hatte selbst „undercover“ in zahlreichen Asylheimen recherchiert. Islamisten würden dort inzwischen gezielt Terroristen werben, unterstreicht er.

Foto: Wikimedia, ChotManita, CC-BY-SA 4.0, bearbeitet

# Gemeinderat gibt grünes Licht für Realisierungsplan Neue Donaubrücke ist fix

Der Linzer Gemeinderat hat am 29. Juni dem Finanzierungs- und Realisierungsplan für das Gesamtprojekt „Neue Donaubrücke Linz“ zugestimmt. Zuvor hatten sowohl im Infrastruktur- als auch im Finanzausschuss lediglich die Grünen ihr „Ja“ verweigert. Läuft alles nach Plan, wird diese in voraussichtlich zwölf Bauphasen bis Herbst 2020 fertiggestellt werden können. Die Neue Donau-



brücke Linz würde so die abgerissene Eisenbahnbrücke ersetzen. Verbunden werden die östliche Innenstadt und die gegenüberliegenden, noch in Entwicklung befindlichen Urfahrner Stadtteile. Die kalkulierten Gesamtkosten belaufen sich voraussichtlich – inklusive Umsatzsteuer – auf 69,7 Millionen Euro. Das entspricht der zuvor anvisierten Summe von Planungs- und Errichtungskosten. Realisiert wird das Mammutpro-

jekt offiziell durch die Stadt selbst, die zudem auch Eigentümer der Neuen Donaubrücke Linz sein wird. Mit viel Energie hatte sich der Linzer Infrastruktur-Stadtrat Markus Hein immer wieder für die Realisierung eingesetzt. Mit der Zustimmung zum Finanzierungsplan wurde nun ein entscheidender Meilenstein geschaffen. „Die ‚Neue Donaubrücke Linz‘ soll für sämtliche Mobilitätsformen einen attraktiven Donauübergang schaffen und das Linzer Verkehrssystem entsprechend entlasten“, betont Brücken-Macher Hein (Bild).

Foto: FPÖ Linz

# Hass-Band hetzte auf Linzer Festival

Bereits im Vorfeld sorgte der Auftritt der umstrittenen, extrem linken Band „Antilopen-Gang“ auf dem Linzer Festival „Bubbedays“ für viel Wirbel. Die aus Nordrhein-Westfalen stammende Gruppierung will in ihren Liedern eine „Atombombe auf Deutschland“ werfen, ein Mitglied bezeichnet sich offen als „linksradikal“. Den Deutschen singen sie in einem ihrer Lieder zu: „Ihr seid 80 Millionen, die man abschlachten muss.“ Auf Facebook verhöhnten die Musiker zudem auch die Österreicher. Trotz scharfer Kritik, u.a. durch den Linzer FP-Gemeinderat Peter Stumptner, verteidigten die „Bubbedays“ jedoch

den Auftritt der hasserfüllten Hip-Hopper. Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) spielte bei der entsprechenden Aussprache im Linzer Gemeinderat spöttisch den „Pizza-Song“ der „Antilopen Gang“ ab. Diese nutzte dann am Anfang Juni die Bühne der „Bubbedays“ – wie von Kritikern befürchtet – indes für lautstarke Agitation gegen die FPÖ. Anhänger der Partei seien „Rassisten“, „Antisemiten“ und „völkische Nationalisten“. Bei ihren Gegnern handele es sich schlichtweg um „Arschlöcher, die sich auf den Schlips getreten fühlen“, ließ die Gruppe verlautbaren. Einige Linzer kritisierten diese Äußerungen u.a. auf Facebook entschieden.

Symbolfoto: pixabay



## Wels geht gegen radikale Islam-Vereinigungen vor

An mindestens zwei „Hinterhofmoscheen“ in Wels soll Islamismus gepredigt werden. Zum einen handelt es sich laut Beobachtern der Szene um den Verein „Sahwa“ in der Bahnhofstraße 42, zum anderen um den Verein „Markaz“ (Lindenstraße 22). Der Welser Polizeidirektor Klaus Hübner warnte

bereits vor potentiellen islamistischen Gefährdern in der Stadt. Nun sollen Polizei und Verfassungsschutz genauer hinschauen. „Sollte von der Polizei eine Verfassungswidrigkeit festgestellt werden, sind die Vereinslokalitäten unverzüglich zu schließen“, unterstreicht der Welser Bürgermeister Andreas Rabl.

## Herb: Asylanten töten Zuchttiere in Sachsen



Mehrere Asylwerber töteten Zuchttiere des sächsischen Bauern Toni Pahlig brutal. Weil der schwer geschädigte Pahlig auf Facebook danach von einem „Drecksvolk“ gesprochen haben soll, musste er vors Amtsgericht Meißen. Vorerst Freispruch – bald wird in höherer Instanz gerurteilt.

Foto: pixabay

## Bitter: Bierunfall im Bezirk Kirchdorf



Viele Liter schmackhaften Gerstensaft gingen am 30. Juni in einer Eisenbahnunterführung in Wartberg an der Krems verloren. Ein mit Bierkisten beladener Lkw geriet ins Schwanken, kippte um. Die Wartberger Straße blieb wegen des Unglücks für rund zweieinhalb Stunden gesperrt.

Foto: pixabay



Foto: Rendering (© Planungsraum Masterplan Ebelsberg / Pixlab)

◁ Eine neue Stadt in der Stadt: Bei der Planung und Entwicklung des neuen Linzer Stadtviertels „Garten Ebel“ wurden die Bürgerinnen und Bürger aktiv eingebunden. 330.000 Quadratmeter umfasst das Entwicklungsgebiet. Dazu zählt auch die ehemalige Hillerkaserne.

## Anpassung der Mindestsicherung

ÖVP und FPÖ haben in Oberösterreich eine Deckelung der „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ (BMS) für Haushalte durchgesetzt. Demnach wird die BMS pro Haushalt zukünftig auf 1.512 Euro pro Monat beschränkt. Von der Kürzung ausgenommen sind Pflege- oder Reha-Geldbezieher, Arbeitsunfähige, Menschen mit Beeinträchtigung, Pflegenden und Personen mit Kleinkindern. Zuvor hatten einige Fälle für Unmut gesorgt: So wurde 2016 bekannt, dass eine arabischstämmige Familie monatlich 5.118 Euro an staatlichen Unterstützungen bezog – darunter über 3.100 Euro BMS. Solchen Möglichkeiten müsse ein Riegel vorgeschoben werden, betonte jetzt der Klubobmann der FPÖ Oberösterreich Herwig Mahr. Durch die BMS-Kürzung erhofft man sich eine deutliche Einschränkung der Zuwanderung in die oberösterreichischen Sozialkassen.

# Mutiges Projekt durch Stadtrat Markus Hein realisiert Ein Stadtviertel ganz nach den Wünschen der Bürger

Für die Ebelsberger war es eine vollkommen neue Erfahrung: In einem „kooperativen Planungsverfahren“ erhielten sie – gemeinsam mit Politik, Verwaltung und Bauträgern – die Gelegenheit, ein neues Stadtviertel vor ihrer Haustür aktiv mitzugestalten.

Jetzt konnte das kooperative Planungsverfahren für das neue Stadtviertel „Garten Ebel“ im Linzer Süden abgeschlossen werden. Am 27. Juni stellte Planungsstadtrat Markus Hein die Ergebnisse den Ebelsberger Bürgern, die während der gesamten Planungsphase aktiv miteingebunden wurden, in der Neuen Mittelschule 23 vor. Bebaut werden

soll das Areal der ehemaligen Hiller-Kaserne sowie der angrenzenden „Sommergründe“. Für das 330.000 Quadratmeter große Entwicklungsgebiet sind vor allem hochwertige, jedoch preisgünstige Wohnflächen vorgesehen. Zudem sind 55.000 Quadratmeter für die Ansiedlung neuer Unternehmen reserviert.

„Eine moderne Stadtplanung muss auch neue Wege gehen. Ein rein kooperatives Planungsverfahren, das einen fertigen städteplanerischen Entwurf liefert, hat es in dieser Größenordnung in ganz Oberösterreich noch nie gegeben“, betont FPÖ-Planungsstadtrat Hein. Auch Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) unterstützt

jetzt das Projekt: „Gemeinsam soll ein neuer Stadtteil entstehen, der attraktives Wohnen mit einer durchdachten Infrastruktur sowie einer ansprechenden Grüngestaltung vereint“. Architekt Andreas Kleboth lobt: „Es wurde von Beginn an eine mögliche bauliche Entwicklung der Nachbargrundstücke mitgedacht und für eine langfristige Vernetzung mit Alt-Ebelsberg und der Innenstadt vorgesorgt.“ Auch GIWOG-Direktor Wolfgang Modera überzeugte das Gesamtkonzept: „Das Kooperative Verfahren war als Prozess auch deshalb erfolgreich, weil alle Beteiligten gemeinsam an der bestmöglichen Lösung gearbeitet haben.“



Foto: Land OÖ, Denise Stüglmayr

# Umwelt-NGOs jubeln – fördern sie damit bewu Pflanzenschutzmittelverbot auf

**Ab 2018 ist der Pflanzenschutz auf ökologischen Vorrangflächen verboten, das EU-Parlament hat entschieden! 363 von 673 Abgeordneten stimmten gegen den Vorschlag der EU-Kommission, 13 Stimmen zu wenig um die notwendige Mehrheit zu erreichen. Der EU-Landwirtschaftsausschuss hatte das Papier, aus der Feder von Agrarkommissar Hogan, zuvor abgelehnt.**

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) hat sich seit ihrer Gründung „weiterentwickelt“. Die Direktzahlungen wurden immer mehr an die Erfüllung strenger Standards in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Tierschutz geknüpft. Seit 2014 setzt sich die neue Flächenprämie aus Zahlungsanspruch und der neuen „Greening-Prämie“, für Ökologisierungleistungen, zusammen. So müssen mindestens fünf Prozent der Ackerfläche (ab 15 ha) als „ökologische Vorrangflä-

chen“ ausgewiesen werden, bei denen genaue Vorgaben der Bewirtschaftung zu erfüllen sind. Hält der Landwirt die Voraussetzungen nicht ein, gibt's kein Geld! Da der Anbau von Leguminosen, auf diesen Flächen, dem „Greening“ entspricht, hat sich das beispielsweise positiv auf die Produktion von Soja ausgewirkt. Die Steigerung der Eiweißpflanzen-Produktion in Europa war auch eines der ursprünglichen Ziele dieser Maßnahme. Zur Halbzeit sollte evaluiert werden. Das

ist nun geschehen und es wurde eine Richtungsänderung um 180 Grad beschlossen, denn ohne Pflanzenschutz ist die extrem konkurrenzschwache Sojapflanze in den meisten Lagen nur schwer zu kultivieren.

## Hogans Politik

Welche Auswirkungen hat diese Hogen'sche Richtungsentscheidung? Ein Kritikpunkt am vorgelegten Papier seitens der Parlamentarier war, dass dadurch die Europä-

ische Proteinstrategie gefährdet wird, da Europa bereits stark auf Eiweißzufuhren angewiesen ist. Auch die Tatsache, dass die EU-Kommission 14 Ermächtigungen in dieser Vorlage bündelte und somit das Parlament gezwungen wurde, das gesamte Paket entweder anzunehmen oder abzulehnen, war für MEP Franz Obermayr und seine Kollegen Grund genug, dieses abzulehnen.

## Gentechnik

Doch was hat das Pflanzenschutzverbot mit NGOs (Nichtregierungsorganisationen), geschweige denn mit GVO-Soja zu tun? „Etwa 70 Prozent des Bedarfs an Eiweißfuttermitteln wird derzeit durch Sojabohnen und Sojaschrot – v.a. aus Bra-



Foto: Flickr, epp group (CC BY-NC-ND 2.0)

◁ *Hogans Agrarpolitik ist unter den Landwirten sehr umstritten. Kritiker vermuten in seinem politischen Wirken eine bewusste Abkehr von der traditionellen, kleinstrukturierten Landwirtschaft hin zu riesigen konzernartigen Strukturen.*

*Betrug 1990 in Österreich die Sojabohnenproduktion noch rd. 17.000 Tonnen, so waren es 2015 bereits über 152.000 Tonnen. Relativ zur Ackerfläche gibt es in der EU kein anderes Land, das ähnlich viel Soja produziert. ▷*



Foto: Flickr, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (CC BY 2.0)

◁ *Auch den Grünen im deutschen Bundestag, allen voran Harald Ebner, dürfte die Tragweite des Verbots nicht bewusst sein. Er feiert den EU-Beschluss als „klares Signal für Natur, Umwelt und Vernunft“. Hat sich Herr Ebner nicht zu früh gefreut?*



# st den Import von GVO-Soja aus Südamerika? ökologischen Vorrangflächen

silien, Argentinien und den USA – gedeckt“, schreibt das „Ökosoziale Forum“ in einem Bericht zum Thema „Eiweißlücke & Tierernährung“ (Juni 2017). Etwa 80 Prozent der weltweiten Sojaproduktion ist gentechnisch verändert. „Die Gesellschaft will weniger GVO-Soja aus Übersee, mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Wenn man den Eiweißpflanzen-Anbau nun so massiv sabotiert, kann man sich künftig millionenschwere Forschung zum Schließen der Eiweißlücke sparen“, so Christian Krumphuber, Leiter der Abteilung Pflanzenproduktion der LK OÖ, der das Verbot „getrieben vom Lobbying der Umwelt-NGOs“ sieht. Laut Sta-

tistik Austria wurden im Jahr 1990 in Österreich 17.658 Tonnen Sojabohnen produziert. Im Jahr 2015 waren es 152.599 Tonnen, eine Steigerung um 764,2 Prozent. „Von 2016-2017 ist der Sojaanbau

## Sojaproduktion

um fast ein Drittel gestiegen. Die Sojabohne hat mittlerweile einen großen Stellenwert in Österreich. Relativ zur Ackerfläche gibt es in der EU kein Land, das ähnlich viel Soja

**Relativ zur Ackerfläche gibt es in der EU kein Land, das ähnlich viel Soja produziert.**

DI Christian Krumphuber, LK OÖ

produziert. Dass das Verbot, der Idee der Förderung des Leguminosenanbaus und der Eiweißproduktion in Euro-

pa nicht gut tut, davon ist jedenfalls auszugehen“, so Krumphuber im Gespräch mit „Der freie Bauer“.

## NGOs machten Druck

Fakt ist auch, dass das Pflanzenschutzverbot massiv von den Umweltorganisationen gefordert wurde. Ironischerweise äußerte sich der Gentechnik-Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Harald Ebner erfreut über die Annahme des Hogen'schen Verbesserungspaketes: Das Europaparlament habe ein „klares Signal für Natur, Umwelt und Vernunft gesetzt“, teilte dieser mit.

„Das gesamte Thema Pflanzenschutz, der Zusammen-

hang, beispielsweise mit der Bodenerosion, speziell in feuchten Gebieten, ist in Wirklichkeit sehr komplex. Bei der Argumentation des Verbots, wird allerdings sehr einfach argumentiert. Positive Effekte wurden von den NGOs entweder gar nicht genannt, völlig unter den Tisch gekehrt, oder man wollte sie einfach nicht sehen. Medial verstehen sie das Klavier zu spielen, das muss man neidlos anerkennen“, so Krumphuber. Themen wie die Rodung des Regenwaldes, gentechnisch veränderte Pflanzen oder Bodenschutz scheinen zur Zeit auf der Prioritätenliste der NGOs nicht weit oben zu stehen, aus welchen Gründen auch immer. Die Verhandlungen zur GAP-2020 scheinen unter keinem guten Stern zu stehen!

Foto: Wikimedia, AnRo0002, CC0



## Zahlen zur Landflucht in Oberösterreich

In OÖ haben seit 2001 insgesamt 132 Dörfer und Landgemeinden einen Bevölkerungsverlust zu verzeichnen. Weitere 130 Gemeinden stagnieren und 180 – vorwiegend im Zentralraum – sind gewachsen. Vor allem junge Menschen verlassen das Land, weil es keine Arbeit gebe.



Foto: pixabay

## Der Fischotter wird nun reguliert

Die niederösterreichische Landesregierung hat heuer 40 Fischotter im Rahmen eines Managementplanes zur Entnahme freigeben. Derzeit liegt die Population bei 800 Ottern - vor allem im Waldviertel. Im Rahmen des Planes soll auch der Schadensersatz für Teichwirte verdoppelt werden.



Foto: pixabay

# Die Lebensadern des ländlichen Raums Güterwege weiter ausbauen

Gut ausgebauten Güterwege sind die vielzitierten Lebensadern unseres ländlichen Raumes. Aus diesem Grund setzte der freiheitliche Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner in zähen Verhandlungen mit dem damaligen Finanzreferenten und Landeshauptmann Josef Pühringer alles daran, um auch für dieses für den ländlichen Raum so wichtige Straßennetz mehr Geld aufwenden zu können. Um den Erhalt des ländlichen Wegenetzes zu fördern, wurden die Budgetmittel für die Sanierung der Güterwege

von Seiten des Landes von etwa 9 Mio. Euro aus dem Jahr 2016 deshalb auf etwa 12,8 Mio. Euro im heurigen Jahr hinaufgesetzt. Den sechs oberösterreichischen Wegeerhaltungsverbänden obliegt die Betreuung des derzeit annähernd 10.200 Kilometer langen Güterweges.

„Als zuständiger Landesrat bin ich froh, dass eine Budgetaufstockung erreicht werden konnte. Um die Substanz der Güterwege

auch in den nächsten Jahren erhalten zu können, war es wichtig, die vorgesehenen Mittel freizugeben“, kommentierte Steinkellner die Mittelaufstockung.

Aktuell konnten daher entsprechende Mittel freigegeben werden, um zum Beispiel das Netz durch den Güterweg Fischerbühel in Scharnstein (71.015 Euro), den Güterweg Edt in Eberschwang (15.681 Euro) oder den Güterweg Windhag in St. Wolfgang (105.207 Euro) zu erweitern.



Foto: FPÖ OÖ

Einschaltung



## Besonders Ju Rezept

Die Zahlen sind besorgniserregend: Immer mehr vor allem junge und gut ausgebildete Menschen zwischen 15 und 35 Jahren verlassen den ländlichen Raum in Oberösterreich und wandern in den Zentralraum ab. Obwohl unser Land in den vergangenen 15 Jahren um 100.000 Einwohner gewachsen ist, hat aber mehr als jede dritte Gemeinde im selben Zeitraum Einwohner verloren. Vor allem Bezirke im Norden und Süden sind betroffen. Trauriger Spitzenreiter

Foto: privat

**Sei dabei bei der Party des Sommers**

**Jung Gallspach Blue Night**  
19. August 2017  
21 Uhr

**FAMILIEN NACHMITTAG**  
mit Kinderdisco  
19. 8. 2017 - Ab: 16.00 Uhr  
Musikpavillon - Kurpark  
GALLSPACH - EINTRITT FREI

**Kurpark - Gallspach**  
**TIM TAILOR & TIMOP**  
EINTRITT FREI

Gratis Shuttle von 13:00-2:00 Uhr zur Aftershowparty - Mambo

HAUSTECHNIK ing. alfred metzger  
FREIHEITLICHE BAUERSCHAFT NÖRDBÖHMEN  
MUTTER  
FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER OBERÖSTERREICH  
FW. FREIHEITLICHE WIRTSCHAFT

## Fette Jahre: Verkauf von Pommes steigt weiter



Die Verkäufe von Pommes frites legten 2016/17 weiter zu. Die Exporte aus Belgien, den Niederlanden und Deutschland betragen 2,5 Mio. Tonnen – um 16 Prozent mehr als im Vorjahr. Trotz des teuren Rohstoffs blieb das Wachstum damit exakt im Durchschnitt der vorherigen vier Jahre.

Foto: pixabay

## Naturschutzgebiet Kremsau bald gesichert



Ressortübergreifend wird derzeit an der Sicherung des Naturschutzgebietes Kremsau gearbeitet. Beteiligt sind LH-Stv. Haimbuchner, LR Hiegelsberger und LR Podgorschek. Ziel sei die Umsetzung regionaler Planungen und Projekte im Rahmen des Landschaftsentwicklungsfonds.

Foto: Land OÖ, Grilnberger



# Weniger Menschen zieht es in die Städte gegen Landflucht?

ist Hallstatt mit einem Bevölkerungsverlust von 14,6 Prozent in den letzten zehn Jahren. Aber auch Engelhartzell (-11,6 %) und Schwarzenberg am Böhmerwald (-13,1 %) verloren viele Einwohner. Die Gründe sind vielfältig und verlangen nach Lösungskonzepten auf vielen Ebenen. Wichtigste Faktoren für die Landflucht sind der Arbeitsmarkt und die Infrastruktur. Dabei zählt nicht nur die Anzahl an Arbeitsplätzen, sondern auch ein vielfältiges Berufsangebot. Vor allem Frauen verlassen den länd-

lichen Raum, weshalb hier ein besonderes Augenmerk gelegt werden müsste. Bei der steigenden Zahl an Akademikern wird es zusätzlich immer schwieriger, adäquate Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu finden. Bei der Infrastruktur gehen die Ansprüche von der ärztlichen Versorgung über das Angebot an Schulen und Einkaufsmöglichkeiten bis zur Anbindung an das schnelle Internet. Auch das Dorf- und Vereinsleben sorgt für den Wohlfühlfaktor am Land. Je vielfältiger das Vereinsleben

– und damit die Einbindung der jungen Menschen in die Dorfgemeinschaft – desto mehr steigt das Bedürfnis, im ländlichen Raum zu verbleiben. Gleiches gilt etwa für Jugendtreffs und Wirtshäuser. Besonders hier gilt es einen Teufelskreis zu durchbrechen: durch das anhaltende Wirtsterben sind auch Orte der Gemeinschaft und Geselligkeit gefährdet. Das Dorfleben verflacht und besonders Gemeinden in der Peripherie der Ballungsräume werden zu reinen „Schlaf- und Pendlerorten“.

Foto: pixabay

## Attraktivierung von Hausbrunnen



Landesrat Elmar Podgorschek zeigte die Situation der OÖ-Trinkwasserversorgung durch Hausbrunnen auf. Dabei stellte sich heraus, dass unser Bundesland mit einem Anschlussgrad an gemeinsame Wasserversorgungsanlagen von zirka 82% den bundesweit niedrigsten Anteil aufweist. 18% der Oberösterreicher beziehen ihr Trinkwasser aus oberösterreichweit rund 90.000 Hausbrunnen.

Im Rahmen der Aktion „Für unser Trinkwasser unterwegs“ der Abteilung Grund- und Trinkwasserwirtschaft wurden im Jahr 2016 rund 1.430 Hausbrunnenbesitzer hinsichtlich des bautechnischen Zustandes ihres Brunnens beraten. Dabei zeigte sich, dass in bakteriologischer Hinsicht nur rund 44% der analysierten Hausbrunnenwässer als Trinkwasser einzustufen sind. In bautechnischer Hinsicht weisen nur etwas mehr als ein Drittel der begutachteten Brunnen keine Mängel auf. Während öffentliche Wasserversorgungsanlagen einem strengen Reglement unterliegen, liegt die Qualitätssicherung bei Hausbrunnen weitestgehend in der Eigenverantwortung der Hauseigentümer.



Post vom  
Klubobmann

## Es gibt noch viel zu tun!

Die FPÖ bekennt sich zu einer bäuerlichen, kleinstrukturierten Landwirtschaft abseits von Agrarfabriken und verlangt eine Verlagerung der Landwirtschaftskompetenzen von der EU zurück in die Länder.

Wir fordern gerechte Preise und Konsumpatriotismus als wirksames Konzept, um unsere Landwirtschaft gegen Globalisierung zu schützen. Ein vereinfachtes Fördermodell ist außerdem dringend notwendig. Der Förderdschungel mit steigendem Kontrollaufwand lässt viele bäuerliche Fa-

### Herwig Mahr

milien resignieren. Künftig müssen Förderprogramme wesentlich einfacher und transparenter gestaltet werden. So muss es wieder mehr nationale Spielräume geben. Wo Österreich draufsteht, muss auch Österreich drinnen sein. Wir stehen zu klaren, für jeden Konsumenten eindeutig erkennbaren Kennzeichnungen aller Lebensmittel. Transparente Produktkennzeichnungen müssen daher weiter vorangetrieben werden. Wir lehnen den Einsatz von genetisch veränderten Organismen strikt ab und unterstützen gentechnikfreie Landwirtschaft. Außerdem setzen wir uns in Oberösterreich dafür ein, dass unsere Landwirtschaft eine produzierende bleibt und unsere Bürger mit hochqualitativen, regionalen und leistbaren Lebensmitteln versorgen kann.



## Freiheitliche Bauernschaft mit eigenem Stand auf der Rieder Messe vertreten

Vom 6. bis 10. September findet die Rieder Messe mit einem reichhaltigen Programm und vielen Ausstellern rund um die Land- und Forstwirtschaft statt. Auch zu den Bereichen Bauen und Wohnen sowie Heizen und Energie präsentieren sich wieder zahlreiche Aussteller im Innviertel. Die „Freiheitlichen Bauern“ werden sich ebenfalls mit einem Messestand präsentieren. Sie finden uns in der Halle 8 am Stand 8015. Am Rande der Messe findet ebenso wieder das beliebte Volksfest statt.

Foto: Messe Ried

## Die „IMAS-Wertestudie“ macht deutlich:

# Familie ist zentraler Wert

**Damit die Politik die richtigen Maßnahmen und Entscheidungen setzen kann, bedarf es einer gründlichen Erforschung der Familien und deren Werte.**

Aus diesem Grund beauftragte das Familienreferat des zuständigen Familienreferenten LH-Stv. Manfred Haimbuchner im Jahr 2014 das Markt- und Meinungsforschungsinstitut IMAS International die erste Familien- und Wertestudie zu erstellen, mit dem finalen Ziel, einen Familienwertindex zu entwickeln.

Die Hauptaussagen der aktuellen Befragung sind, das 80%

der Österreicher den Kontakt und den Zusammenhalt innerhalb ihrer Familie als sehr bzw. ziemlich stark beurteilen. Drei Fünftel sind davon überzeugt, dass man heutzutage eine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein. Außerdem ist die Familie ein essentieller Teil des Lebensglücks. Mehr als die Hälfte wünschen sich zudem zwei Kinder als ideale Familiengröße. Auch das traditionelle Familienessen am Sonntag erfüllt eine wichtige Kommunikationsfunktion. Haimbuchner resümiert: „Eine eigene Familie selbst

stärkt den Stellenwert im persönlichen Leben. Die Aufgabe in der Politik sehe ich darin, jungen Erwachsenen zu vermitteln, dass neben Leistung und Bildung auch die Familie wichtig ist.“



Foto: pixabay

Einschaltung

## Tipp: Webermarkt in Haslach von 22.-23. Juli



Am 22. und 23. Juli 2017 ist es wieder so weit: Beim Webermarkt in Haslach bieten erneut zahlreiche Weber und Textilschaffende ihre hochwertigen Produkte an - im alten Ortsteil „auf der Stelzen“ und rund um die ehemalige Textilfabrik Vonwiller. Infos unter [textile-kultur-haslach.at](http://textile-kultur-haslach.at)

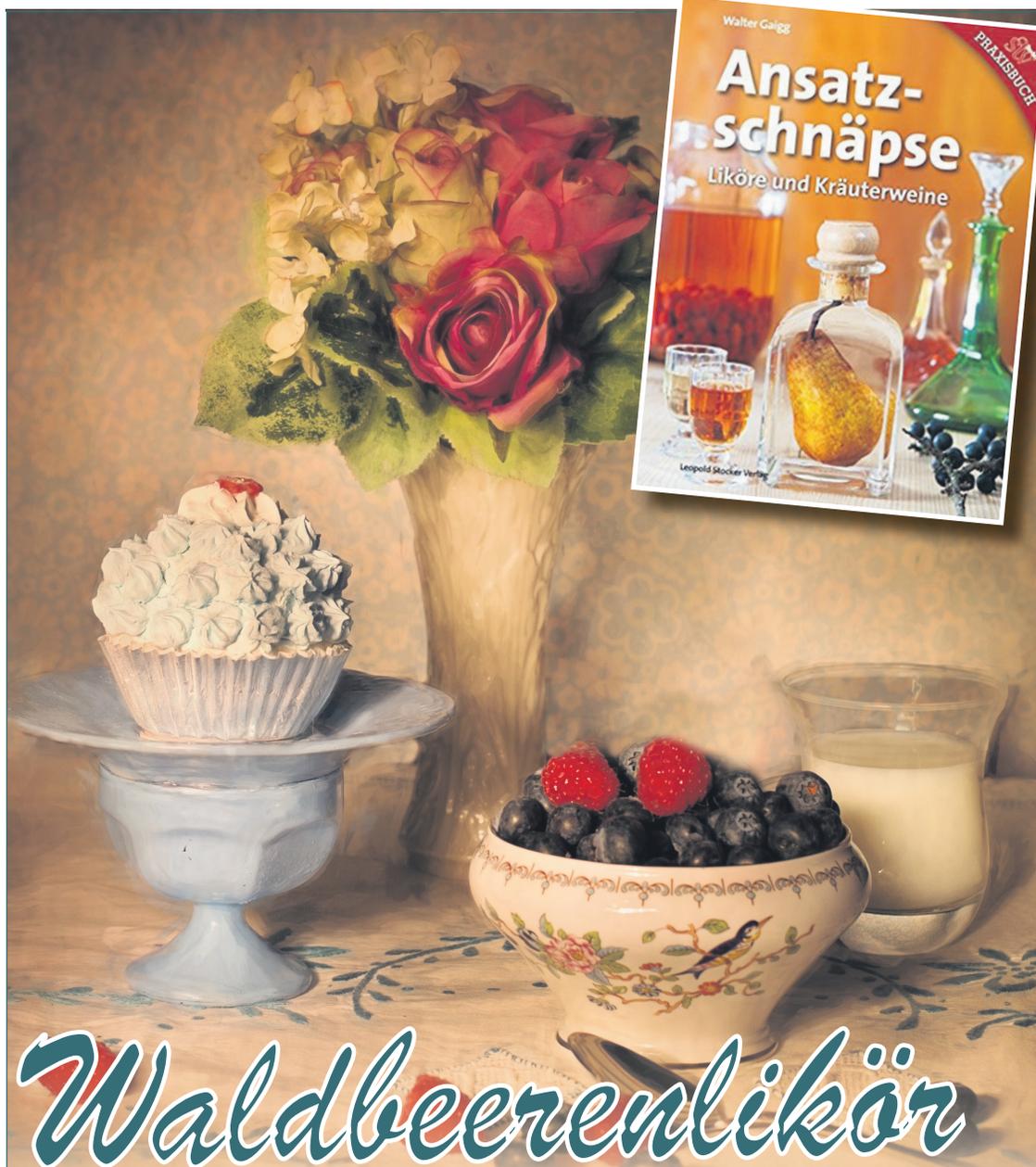
Foto: pixabay

## Das Frankenger Würfelspiel - Ausflug



In jedem ungeraden Jahr erinnert die Frankenger-Würfelspiel-Gemeinschaft mit ihrer Aufführung an die Ereignisse am Haushamerfeld zu Beginn der oberösterreichischen Bauernkriege. 800 Mitwirkende bringen den Besuchern OÖ Geschichte näher. Infos unter [wuerfelspiel.at](http://wuerfelspiel.at)

Foto: Wikimedia, Bojus CC BY-SA 3.0



## Lange Tage, kurze Nächte...

Die **Sonnwendfeste** haben in Nord- und Mitteleuropa einen sehr alten Ursprung. Als zu den wichtigsten Festen in der vorchristlichen Welt gehörend, haben sich sowohl die Winter- als auch die Sommersonnwendfeiern bis heute erhalten.

Die Sommersonnwende als Feier des längsten Tages und der kürzesten Nacht im Jahr, ist eines der vier großen Sonnenfeste im Jahreskreis. Ihr Gegenstück ist die Wintersonnwende in der längsten Nacht des Jahres. Daneben gibt es noch die Frühjahrs- und Herbsttagundnachtgleiche. Sowohl im germanischen als auch im mittelalterlichen Brauchtum wurden in dieser Zeitspanne viele Zeremonien abgehalten. Die Natur ist auf dem Höhepunkt, und viele Kräuter, deren Nutzen als Arznei nicht nur wegen ihrer wirkungsvollen Inhaltsstoffe, sondern auch wegen ihrer angeblich magischen Wirkungen von herausragender Bedeutung waren, wurden an diesem Tag gesammelt.

Im Mittelpunkt stand immer das Abbrennen von Feuern, wie zum Beispiel der Brauch des Sonnwendfeuers zur Sommersonnwende. Verschiedene Rituale sollten die Flur segnen, Fruchtbarkeit bringen und galten auch dem Erntedank. Damit sich die Kraft der Flammen auf die Menschen übertrüge, sprangen sie übers Feuer und tanzten um brennende Holzstöße herum.

Foto: pixabay

# Waldbeerenlikör

Die Waldbeere blüht - je nach Standort - zwischen Ende April bis Juni, die Reifezeit ist Mitte Mai bis Mitte Juli. Für die Likörbereitung geben Sie die Früchte in ein verschließbares Glasgefäß und gießen sie mit sehr gutem, mildem Korn- oder Weinbrand auf (3 Liter Korn auf 1 Liter Erdbeeren). Der An-

satz wird für zwei bis fünf Wochen an einen warmen, aber nicht sonnigen Platz gestellt.

Nach dieser Zeit könnten nun die Beeren mit dem Likör genossen werden. Da die ausgelaugten Früchte aber unansehnlich bleich aussehen, ist es ratsamer, doch zu filtrieren. Der Likör hat eine hellrote bis hellro-

sa Farbe und sollte nicht zu lange aufbewahrt werden, da er an Aroma verliert. Auch mit Garten-Erdbeeren lässt sich der Likör herstellen, allerdings dürfen dazu aber nur wirklich ganz reife, geschmackvolle Früchte verwendet werden. (Das Rezept stammt mit freundlicher Genehmigung von Walter Gaigg)

## Verhindern Nagetiere Zeckenausbreitung?



Forscher in den USA dämmten mit Nagetieren die Ausbreitung von Zecken erfolgreich ein. Die Nager dienen Zecken häufig als Wirte und werden in Fallen gelockt, die mit insektizid getränktem Stoff ausgelegt sind. Damit ließ sich die Zeckenhäufigkeit um bis zu 97 Prozent verringern.

Foto: pixabay

## Aldi Süd führt die EU bei Pestizidrückständen vor



Der deutsche Discounter Aldi Süd macht Druck auf seine Lieferanten wenn es um den Anteil an Pestizidrückständen in Nahrungsmitteln geht. Ziel soll es mittelfristig sein, maximal 20 Prozent der von der EU festgelegten Höchstmenge an Pestizidrückständen zu erreichen.

Foto: pixabay

# Schnee und Frostschäden - Gesamtschaden über 50 Millionen Euro Heimische Äpfel werden Mangelware

Heimische Äpfel werden wegen verschiedener Witterungsergebnisse heuer zur Mangelware in den Regalen. Grund für den Engpass sind die schweren Schnee- und Frostschäden in den wichtigen Apfelanbaugebieten Steiermark, Burgenland und Vorarlberg im April. Auch in Südtirol gibt es massive Ernteauffälle wegen des Frostes.

Die Hagelversicherung schätzt den Gesamtschaden auf über 50 Millionen Euro allein in Österreich. „Vom Frost schwer beschädigt wurden vor allem Obst- und Weinkulturen, aber auch Spezialkulturen wie Baumschulen und Spargel. Betroffen sind insgesamt mehr als 12.000 Hektar“, berichtete Hagelversicherungs-Chef Kurt Weinberger in einer Aussendung nach den Frosteinbrüchen im April. Der Vegetationsbeginn startete

heuer in Österreich durch den sehr warmen März mit Rekordtemperaturen um durchschnittlich 14 Tage früher. Dadurch waren junge Triebe und Pflanzen bei Spätfrost besonders gefährdet. Bereits im Vorjahr gab es Ernteauffälle wegen des späten Frostes, besonders das Sommerobst war in vielen Betrieben beschädigt worden. Welche Summen die Hagelversicherung letztlich an versicherte Bauern heuer für Frostschäden ausschütten

wird, wurde noch nicht bekanntgegeben.

Die betroffenen Landwirte haben mit allen – auch unkonventionellen Mitteln – versucht, die Schäden zu minimieren und Bäume, Sträucher und Weinstöcke zu schützen.

### Frostheizungen?

Die Winzer im Nordburgenland etwa haben auf Frostheizungen in den Weingärten gesetzt. Wie die Landessicherheitszentrale Burgenland (LSZ) mitteilte, wurde aus 52 Gemeinden das Abbrennen von Strohballen zum Schutz gegen den Frost gemeldet. Auch in der Oststeiermark versuchten

Obstbauern verzweifelt ihre Kulturen vor dem Frost zu schützen. Viele Bauern versuchten es mit Beregnung, Rauchschwaden, Kerzen und Vlies. Besonders das Steinobst wie Kirschen, Pflirsiche und Zwetschken sollte damit vor den Minusgraden geschützt werden.

In Südtirol sind vor allem das Steinobst und Äpfel betroffen. Bei Kirschen gab es durch den späten Frost teilweise Ausfälle bis zu 100 Prozent. Aber auch die erste Südtiroler Ernteperiode bei Äpfeln wird große Verluste bringen. Erst mit der zweiten Ernte ab August könnte die Lage sich etwas entspannen.

## Neue Berufsbilder im Agrarbereich



Oberösterreich bietet neue Berufsbilder im Agrarsektor an. So wird es zukünftig sowohl die Ausbildung zur Agrar- und Wirtschaftskraft geben als auch den Agrar-Bachelor an der FH Wels. Mit beiden Lehrgängen sollen die landwirtschaftlichen Berufe breiter aufgestellt und damit attraktiver werden.

Foto: pixabay

## Einbußen bei Sommergetreide und Raps

# 100 Mio. Euro Dürreschäden

Die Hagelversicherung berichtet, dass die österreichische Landwirtschaft heuer bereits 150 Millionen Euro an wetterbedingten Schäden hinnehmen musste – davon 100 Millionen Euro allein wegen der Dürre.

Die Landwirte befürchten massive Einbußen vor allem bei Sommergetreide, Raps und Mais. Auch den Spätkartoffeln macht die anhaltende Trockenheit zu schaffen. Gegenüber den OÖN sagte Manfred Schauer, Obmann der Erzeugergemeinschaft Eferdinger Landl: „Gerade der Juni-Niederschlag wäre für die Knollenbildung sehr wichtig.“

Man wolle in Zukunft noch mehr auf trockenliebende Sorten setzen.

Auch Christian Krumphuber (Bild), Pflanzenbauexperte bei der Landwirtschaftskammer, betont gegenüber den OÖN: „Wir bräuchten dringend 20 Liter Niederschlag pro Quadratmeter, also ein bis zwei Stunden ausgiebigen Regen.“ Die Hitze und der geringe Niederschlag sorgen auch für niedrige Wasserpegel in den Flüssen. Die Energie AG pro-

duziert derzeit um 15 Prozent weniger Wasserstrom als im langjährigen Schnitt. Gleichzeitig steigt bei der Hitze der Wasserverbrauch pro Haushalt im Schnitt um ein Drittel und sorgt für eine leichte Absenkung der Grundwasservorkommen. Die Linz AG versichert aber, dass es zu keinen Trinkwasser-Engpässen kommen könne, da genügend Brunnen angeschlossen sind. Auch über eine längere Dürreperiode könne man so die Versorgung sicherstellen.



Foto: Land OÖ, Grünberger



## Bedauerlicher Rückschlag: Alpenmilch Logistik stellte die Milchsammlung mit Ende April ein

Die von „Milchrebell“ rund um die IG-Milch im Jahr 2008 ins Leben gerufene alternative Milchhandelsgesellschaft „Freie Milch Austria“ (jetzt Alpenmilch Logistik GmbH) stellte aus wirtschaftlichen Gründen per Ende April ihren Betrieb endgültig ein. 37 Milchbauern standen damals noch ohne Liefervertrag da. Bis Ende April wurden rund 130 Alpenmilch-Lieferanten von anderen Molkereien übernommen. In ihrer Hochzeit zählte die „Freie Milch“ rund 600 Milchlieferanten.

Foto: pixabay



Foto: pixabay

## Auch Begriffe wie „Sojaschnitzel“ sind irreführend „Sojamilchverbot“ ist erst ein Schritt in die richtige Richtung

**Viele Ersatzprodukte für Fleisch und Milch werden stark verarbeitet. Erst durch den Zusatz von chemischen Stoffen erhält das Produkt Geschmack, der dem tierischen Original möglichst nahekommen soll.**

Mit „natürlich“ hat das allerdings nicht viel zu tun. Die TV-Köchin Sarah Wiener fand dazu folgende Worte: „Kochen und drücken sie Sojabohnen einmal aus – die Brühe ist kaum trinkbar. Die Sojamilch, die heute in jedem Supermarkt steht, ist ein hochverarbeitetes Industrieprodukt – und in etwa so künstlich wie eine Cola“. Laut „Öko-Test“ (2015) wurden in sechs von acht Sojadinks gentechnisch veränderte Organismen festgestellt. Etwa 80 Prozent der weltweiten Sojaproduktion ist bereits gentechnisch ver-

ändert. Das Anbaugebiet ist in dieser Hinsicht von besonderer Bedeutung.

Im Juni entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass pflanzliche Produkte nicht mehr unter der Bezeichnung Milch, Butter, Käse oder Joghurt vermarktet werden dürfen. Milch sei ausschließlich ein Erzeugnis der normalen Eutersekretion. Vorausgegangen war der Entscheidung ein Rechtsstreit zwischen dem „Verband sozialer Wettbewerb“ und dem Unternehmen „Tofutown“ (Rheinland-Pfalz). Dieses Unternehmen vermarktet pflanzliche Lebensmittel, die beispielsweise als Tofu-Butter und veganer Käse bezeichnet werden. „Der heutige Tag ist ein bedeutender für den seit nunmehr 30 Jahren bestehenden europaweiten

Bezeichnungsschutz für Milch und Milchprodukte“, sagte Jörg Rieke vom deutschen Milchindustrieverband. Der Hersteller argumentierte, dass die EU-Verordnung nicht mehr zeitgemäß sei. Der EuGH sah das zum Glück anders.

Doch auch vegetarischer und veganer Wurst- und Fleischersatz ist immer häufiger in Supermarkt Regalen zu finden. Für Tofu-Bratwurst oder Tofu-Schnitzel gibt es derzeit keine vergleichbaren Auflagen. „Zum Schutz und zur klaren Abgrenzung unserer hochwertigen Fleischprodukte, sollten auch dahingehend Änderungen angestrebt werden“, so LAbg. Franz Graf, Obmann der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ, der sich vom Urteil des EuGH erfreut zeigt.



## Hoch am Berg...

### Mit zweierlei Maß gemessen

„Der Bauer ist kein Spielzeug, da sei uns Gott davor!“, mit diesen Worten endet das berühmte Gedicht „Das Riesenspielzeug“. So wie das Riesenspielmädchen im Gedicht mit dem Bauern spielt, so spielen auch aktuell die Politik, die Umwelt-NGOs, die Ministerien und das Finanzamt mit den Bauern. Bei der Einheitswertfeststellung wurde von uns strikte Einhaltung der Vorgaben verlangt, etwa beim Abgabetermin als auch bei der Genauigkeit der Angaben. Beim Finanzamt hingegen hält man sich

### Rudolf Dilly

nicht an die gesetzlichen Vorgaben. Die Finanz hat jetzt, drei Jahre später, noch immer nicht alle Erstbewertungen zugestellt! Auch bei der jährlichen Fortschreibung, hapert es. Schuld sind angebliche Datenübermittlungsprobleme mit der AMA. Würden sich Bauern solche Unzulänglichkeiten erlauben, sie würden sanktioniert, dass ihnen schwarz vor Augen wird. Wir Bauern sind die einzige Berufsgruppe bei denen Transferzahlungen aus der öffentlichen Hand in der Transparenzdatenbank offengelegt werden müssen. Wir müssen vor dem Handel knien, als wäre er ein Gott! Wir sollen Verordnungen einhalten, ohne dass eine Richtlinie dazu erlassen wurde, siehe Schweinegesundheitsverordnung. Wir haben uns für Programme zu entscheiden, deren Voraussetzungen, zu jeder Zeit grundlegend verändert werden können, selbst aber trotzdem verpflichtet bleiben. Wenn wir uns weiterhin darauf verlassen, dass andere uns helfen, sind wir verlassen!

## Luchse: Alle Infos zur scheuen Wildkatze



Der Nationalpark Kalkalpen bietet heuer mehrere Luchs-Infotouren. Wissenswertes über die Lebensweise der scheuen Wildkatze und über die Möglichkeiten des Schutzes kann man in Rosenau am Hengstpass erfahren. Mehr Infos unter [kalkalpen.at/veranstaltungskalender](http://kalkalpen.at/veranstaltungskalender)

Foto: pixabay

## STIHL-Gruppe erzielt Rekordumsatz



Die Stihl-Unternehmensgruppe startete im Jahr 2016 durch: Vorstandsvorsitzender Bertram Kandziora gab bei der Bilanzpressekonferenz bekannt, dass sich der Umsatz im vergangenen Jahr um 6,6 Prozent auf 3,46 Mrd. Euro erhöht hat. Wichtigster Absatzmarkt war Nordamerika.

Foto: pixabay

## Forstmaschinen-Käufe rückläufig



Das Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik (KWF) erhebt jedes Jahr eine Forstmaschinenstatistik. Demnach seien im Jahr 2016 die Verkäufe von Neumaschinen in fast allen Maschinenklassen in der Schweiz, Österreich und Deutschland zurückgegangen. In Österreich wurden sogar 17 Prozent weniger Maschinen als im Jahr 2015 verkauft. Vor allem bei Harvestern und Forwardern gingen die Verkäufe drastisch zurück. Auch in Deutschland wurden um 9 Prozent weniger forstliche Großmaschinen verkauft. Österreichische Kunden kauften im Jahr 2016 um 38 Prozent weniger Harvester und um 10 Prozent weniger Forwarder. „Vollernter bleiben die großen Sorgenkinder in Österreich. Wir sprechen hier von einem Minus von über 50 Prozent innerhalb von zwei Jahren“, sagte Thomas Wehner, Leiter des KWF-Fachressorts „Information & Marketing“ gegenüber der Forstzeitung. Nur bei Langholzmaschinen und Kombischleppern gab es einen leichten Anstieg. Bereits zum 15. Mal informierte das KWF über die Neumaschinen-Verkaufszahlen.

Foto: pixabay



Foto: pixabay

## Ausgeglichene wald- und wildökologische Verhältnisse Positive Bilanz nach 4 Jahren „Mariazeller Erklärung“

**Im Jahr 2012 einigten sich führende Vertreter von Forst und Jagd in Mariazell auf ein gemeinsames Arbeitspapier. Ziel ist es nach wie vor, den negativen Trend des Wildeinflusses zu stoppen und eine Trendumkehr bei den Daten der Österreichischen Waldinventur (ÖWI) und beim Wildeinflussmonitoring (WEM) herbeizuführen. Jagd und Forst wollen gemeinsam bundesweit ausgeglichene wald- und wildökologische Verhältnisse erreichen. Als Basis für einen ergebnisverbindlichen Dialog sollte die Erklärung rasch zu konkreten Maßnahmen mit zeitnahen Umsetzungen und Evaluierungen führen.**

In der Mariazeller Erklärung wurden 2012 die wichtigsten Eckpunkte wie folgt festgeschrieben: Jagd ist untrennbar mit Grund und Boden verbunden – die Jagd wird im Rahmen des unverrückbaren föderalen revierbezogenen Jagdsystems ausgeübt. Die Bewirtschaftungsrechte und die damit verbundene Verantwortung der Grundeigentümer sind unantastbar. Wild-

tiere sind integraler Teil der Waldökosysteme. Die Eigenverantwortung der Jägerschaft ist unbestritten und weiter zu forcieren. Der Ausbildung und Einstellung der österreichischen Jäger im Hinblick auf die Wald-Wild-Zusammenhänge ist weiterhin höchster Stellenwert einzuräumen. Die Verjüngung der am Standort typisch vorkommenden Baumarten soll grundsätzlich dem natür-

lichen Potenzial entsprechend erfolgen können. Die Wildstände sollen derart gestaltet sein, dass Schutzmaßnahmen nicht die Regel, sondern die Ausnahme darstellen. Weitere Verschlechterungen der Wildlebensräume und weitere Beeinträchtigungen des Wildes und seiner Lebensweise durch Dritte sind hintanzuhalten. Die Regulierung der Schalenwildbestände sei die vordringliche Aufgabe der nahen Zukunft. Grundeigentümer und Jagdausübungsberechtigte sind in gleichem Maße aufgerufen, entsprechende Maßnahmen auf allen Ebenen im Rahmen eines ergebnisverbindlichen Dialogs zu setzen, um diese Ziele zu erreichen. Die Beteiligten ziehen nach nunmehr vier Jahren eine durchaus positive Bilanz der Initiative.



## Kahlschlag und Raubbau: Keine Entwarnung für aussterbende Bäume

Die Forscher der „Organisation Botanic Gardens Conversation International“ (BGCI) informierten in ihrem jüngsten Bericht, dass weltweit vier Milliarden Hektar Wald existieren. Bislang wurden weltweit 60.065 verholzter Pflanzenarten entdeckt und beschrieben. 10.000 dieser Arten seien vom Aussterben bedroht. Hauptgrund seien Kahlschlag und Raubbau vor allem in Entwicklungsländern. Aber gerade dort gebe es die größte Artenvielfalt – vor allem in Brasilien und Kolumbien.

Foto: pixabay

## LFBÖ zum österreichischen Holzmarkt 2016 Geringes Nutzungsvolumen

**Bei der Pressekonferenz der Land- und Forstbetriebe Österreich (LFBÖ) am 2. Mai erläuterte LFBÖ-Präsident Felix Montecuccoli die Lage des privatwirtschaftlichen Agrar- und Forstsektors im vergangenen Jahr 2016.**

Demnach blieb das Schadholzaufkommen verursacht durch Borkenkäfer im Vergleich zum Jahr 2015 in etwa gleich, zudem hielten sich viele Betriebe bei der Ernte zurück. Entsprechend hoch seien dann im vergangenen Jahr auch die Zuwächse bei den Rundholzimporten aus den Hauptlieferländern Deutschland, Tschechien und Slowenien gewesen.

Montecuccoli fasste zusammen: „Der Holzeinschlag 2016 beträgt nach aktueller Prognose 16,8 Mio. Festmeter und ist damit um vier Prozent zurückgegangen. Das ist das geringste Nutzungsvolumen seit dem Jahr 2005. Die Schadholzmenge beläuft sich auf etwa 5,4 Mio. Festmeter. Während der Schadholzanteil 2015 bei rund 42 Prozent lag, ging er im Vorjahr auf 32 Prozent zurück.“

Die Oststeiermark, das Burgenland, das Waldviertel und der Westen Tirols seien durch den Borkenkäfer besonders betroffen gewesen, so Montecuccoli. Extremere Wetter-

schwankungen und häufige Spätfröste seien zusätzlich große Herausforderungen für die Betriebe.

Auch der „Natura 2000-Action Plan“ wurde vom LFBÖ-Präsidenten kritisiert. So würden etwa aktuell Naturschutzansätze formuliert, die weit über das grundsätzliche Natura 2000-Ausmaß hinausgingen.



Foto: LFBÖ/Schuh

## Landwirtschaftskammer: Ost-Alpenraum soll wolfsfrei sein

**Das Thema Wolf sorgt seit einigen Jahren für emotionale Diskussionen. Während die erneute Ansiedlung des Wolfes in Mitteleuropa vor allem von verschiedenen Naturschutzgruppierungen sehr positiv gesehen wird, entstehen in der Weidehaltung zunehmend Schäden durch den Grauhund.**

Der Totalschutz des Wolfes führt zu einer Vermehrungsrate, die von Jahr zu Jahr wächst und derzeit zwischen 30 bis 47 Prozent pro Jahr liegt. Dies kann für die Kulturlandschaft nicht ohne Auswirkungen bleiben. Einzelne Bauern hätten deshalb bereits die Weidehaltung auf den



Foto: pixabay

Almen aufgegeben. LR Hieglsberger sagte dazu vor der Vollversammlung der LK OÖ: „Diejenigen, die den Wolf wollen, wollen auch, dass die Almen aus den Bergregionen verschwinden.“ Die Landwirtschaftskammern des Landes

Salzburg und Oberösterreich beschlossen eine Resolution, die einen wolfsfreien Ostalpenraum fordert, da ansonsten die Weidewirtschaft nicht nur in den Almregionen, sondern auch auf den Heimweideflächen bedroht sei.



Post aus Vorarlberg

## Die Jagd steckt in der Krise

Obwohl die Zahl der Jahresjagdkarteninhaber laut den letzten Jagdstatistikberichten in den letzten Jahren stabil bei knapp 123.000 Besitzern lag, befindet sich die Jagd in einer großen Krise. Es gibt viele Netzwerke, die aktiv an einer Erschwerung der derzeitigen Jagdbedingungen arbeiten. Unter diese Verbindungen fallen nicht nur linke Tierschutzaktivisten, sondern auch die Europäische Union mit ihren im europäischen Parlament verschärften EU-Waffenvorschriften, sowie Wildhygienebestimmungen. Als Freiheitliche und

### Reinhard Bösch

Jäger wissen wir, wie nah die Jagd mit unserem Grund und Boden verbunden ist und bleiben muss. Welche Wichtigkeit der wildökologischen Raumplanung der Länder zugestanden werden sollte und diese betrifft in Österreich nicht zuletzt auch den Umgang mit neuen und alten Prädatoren wie Marderhund und Goldschakal. Wir als Jäger müssen auch weiterhin überall intelligent unseren Standpunkt vertreten. Wobei das Streben nach Anerkennung unserer Traditionen und Kultur, als auch weiterhin zeitgemäße Richtwerte, einen wichtigen Bestandteil bildet. Wir sollten gesprächsbereit sein, ohne ein strenges Verfechten unserer eigenen Interessen zu vernachlässigen. Bildet die Jagd und damit die Gewinnung von Wildbret doch eine der natürlichsten und nachhaltigsten Möglichkeiten der Herstellung gesunder Nahrungsmittel, unter naturnahen und tierfreundlichen Bedingungen.

Nationalrat Dr. Reinhard E. Bösch ist FPÖ-Landesparteiobmann von Vorarlberg und passionierter Jäger

Foto Bösch: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

# Vom theoretischen „Recht auf Wasser“ Die grenzenlose Gie

In Österreich sind wir mit Wasser gesegnet. Sauberes Wasser scheint selbstverständlich, doch in Trockenphasen fällt die Besinnung auf die Bedeutung des Wassers leichter. In vielen Teilen der Erde, ist die Versorgung mit sauberem Wasser nicht selbstverständlich. Da wir durch die Globalisierung Wasserressourcen in weit entfernten Ländern ebenfalls beanspruchen, ist ein Blick über den „Tellerrand“ der Landesgrenzen angebracht.

„Wasser, so sagten wir voraus, wird das Öl des 21. Jahrhunderts, und ein Wasserkartell droht, die Kontrolle über die Süßwasserreserven des Planeten an sich zu reißen. Inzwischen hat sich dies bewahrheitet“, schreibt Maude Barlow, die unter anderem als Beraterin der Vereinten Nationen wirkt, in ihrem Buch „Blaue Zukunft – Das Recht auf Wasser und wie wir es schützen können“. Ihr zufolge gehe man inzwischen davon aus, dass durch den Anstieg der Weltbevölkerung und den verstärkten Konsum in praktisch allen Ländern dieser Erde, die weltweite Nachfrage nach Wasser das Angebot schon im Jahr 2030 um 40 Prozent übersteigen wird. „Eine

UN-Konferenz über die Ausbreitung der Wüste in Tunesien prognostiziert, dass 2020

„

**Das Wasser ist der Ursprung von allem**

Thales von Milet

bis zu 60 Millionen Menschen aus den Gebieten südlich der Sahara nach Nordafrika und weiter nach Europa gewandert sein werden.“ Nordamerika und Europa werde „unter

## Konzerngier

Druck geraten, ihre Pforten für Wasserflüchtlinge zu öffnen“, schreibt Barlow im Jahr 2013. „Wenn Wasser teurer ist als Benzin“ oder „Das Geschäft mit dem Wasser“ sind Schlagzeilen, die im Zusammenhang mit der Privatisierung zu lesen sind. Für Nestlé beispielsweise, ist Wasser ganz klar eine ökonomische Ware. 2014 soll der Weltkonzern erstmals mehr Umsatz mit dem Verkauf von Wasser als mit dem von Softdrinks gemacht haben. Nestlé muss sich häufig Diskussionen zur Ausbeutung von Wasserquellen, vor allem in Entwick-

lungsländern, stellen. „Wenn etwas kein Wert gegeben wird, tendieren die Menschen dazu, es zu verschwenden“, so die Sichtweise von Paul Bulcke, der bis Ende 2016 acht Jahre lang den Nestlé-Konzern lenkte. Kapitalismus im Deckmantel des Kampfes gegen den Ressourcenschwund?

Mit Wasser lassen sich gute Geschäfte machen, davon wollten auch Gemeinden profitieren. Seit den 1980er Jahren hat sich der Trend „Weniger Staat – mehr Privat“ auch auf dieses Segment ausgewirkt. Doch der kurzfristige Geldsegen entwickelte sich zum Fluch: „Viele Bürgermeister wurden mit der Frage konfrontiert, warum sich die Qualität der Dienstleistung verminderte, gleichzeitig aber die Preise stiegen und Haushalte von der Versorgung ausgeschlossen wurden“, schreibt die Wiener Zeitung im März 2017. Be-

## Preise explodieren

richten zufolge hat sich der Wasserpreis in Teilen Portugals durch die Privatisierung verfünffacht. Seit 2000 haben weltweit 270 Gegenden ihre Wasserversorgung um teures Geld wieder rekommunalisiert. „Die meisten Politiker stehen der Wasserkrise mit unglaublicher Ahnungslosigkeit

*Auch wenn die UN-Vollversammlung 2010 „Wasser als Menschenrecht“ anerkannt hat, so ist das eher theoretisch zu verstehen, denn diese Resolutionen sind rechtlich für die Länder nicht bindend.*

Foto: pixabay

keit gegenüber“, so Barlow. Im Zuge der Debatte um CETA ließ etwa der ehemalige Vizekanzler Mitterlehner wissen, dass er die Ängste vor Privatisierungen nicht nachvollziehen könne: „Kanada hat kein Inte-

Foto Rauch: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS



Slowenien hat als erstes und derzeit einziges Land in der EU das Recht auf Trinkwasser in den Verfassungsrang gehoben. „Wasserressourcen sind öffentliches Gut, das vom Staat verwaltet wird. Sie sind keine Handelsware“, steht im Artikel der slowenischen Verfassung. Der Umweltsprecher der FPÖ, Walter Rauch (Bild), hat im Mai 2016 einen Antrag im Parlament

eingebraucht, der vorsieht, die Versorgung mit Wasser verfassungsrechtlich ebenfalls zu schützen. Der Antrag liegt seitdem im Umweltausschuss und wird von Mal zu Mal vertagt, zuletzt am 20. Juni. Grund: derzeit seien keine Gefahren für eine Privatisierung der Wasserversorgung zu erkennen. Minister Rupprechter hält das derzeit geltende Gesetz für ausreichend.

# und der politischen Realität r der Konzerne



Post vom  
Landesrat

## Nein zur Wasser-Privatisierung!

Das Geschäft mit Trinkwasser lockt weltweit aktuell viele Multikonzerne. Die Begehrlichkeiten sind groß und nicht immer hat die europäische Politik die Kraft und den Willen, das Wasser dem Zugriff der Privatwirtschaft vor zu enthalten. Nicht alle Staaten sind hier so konsequent wie etwa Slowenien. Im November 2016 beschloss das Land einen Verfassungszusatz: „Wasserressourcen sind öffentliches Gut, das vom Staat verwaltet wird. Sie werden vorrangig und dauerhaft dazu verwendet,

### Elmar Podgorschek

die Bürger und Haushalte mit Trinkwasser zu versorgen. Sie sind keine Handelsware.“ Und tatsächlich kann man überall dort, wo die Wasserversorgung liberalisiert wurde, einen astronomischen Anstieg der Verbraucherpreise und reduzierte Versorgungsqualität und -sicherheit beobachten. Private Anbieter können nie dasselbe Versorgungsniveau garantieren wie die öffentliche Hand. Das liegt vor allem an ihrer Profitorientierung. Man muss nicht erst die Beispiele Berlin oder London bemühen. In beiden Städten wurde zunächst die Wasserversorgung privatisiert und musste nach massiven Problemen nun mit hohen Kosten für den Steuerzahler in die öffentliche Hand zurück geführt werden.

Die FPÖ spricht sich ganz klar gegen die Privatisierung unserer Wasserversorgung und die Übernahme durch Multikonzerne aus. Unser Wasser ist der wichtigste Lebensquell und kein Spekulationsgut für Profitmaximierer!



resse, die Wasserversorgung in St. Poldl am Wasserfall oder sonst irgendwo zu privatisieren.“

### Die Weltbank

Weiters schreibt Barlow in ihrem Buch: „Viele arme Länder sind von der Weltbank gedrängt worden, die Wasserversorgung vertraglich privaten, gewinnorientierten Unternehmen zu überlassen. Aber die Krise beschränkt sich nicht nur auf die Südhälfte. Je größer die Einkommensunterschiede in den Industrieländern werden, desto öfter wird den Armen das Wasser abge-

stellt. Zehntausende Einwohner von Detroit (USA), haben kein fließendes Wasser, weil sie sich die hohen Tarife nicht mehr leisten können.“

Unbeeindruckt von den negativen Erfahrungen, setzt die EU-Kommission weiterhin auf Privatisierung. Im September 2015 forderte das EU-Parlament die Kommission auf „eine flächendeckende Wasserversorgung zu erschwinglichen Preisen von hoher Qualität und mit fairen Arbeitsbedingungen sowie eine demokratische Kontrolle zu gewährleisten“. Das Parlament hat zwar mehrheitlich für diesen Antrag gestimmt, doch die Kommission

ist Beschlüssen des Parlaments nicht verpflichtet. Gefährlich ist es für EU-Krisenländer: Griechenland wurde beispielsweise verpflichtet, als Gegenleistung für Hilfgelder ihre Wasserversorgung zu privatisieren.

### Hohle Phrasen?

In der UN-Vollversammlung im Juli 2010 wurde „Wasser als Menschenrecht“ anerkannt. Ein Erfolg, doch diese verabschiedete Resolution ist für kein Land rechtlich bindend. Erst wenn dies in der jeweiligen Verfassung des Landes verankert ist, ist es gesichert.

# Oberösterreichs Land Bauern: mit

Eine Umfrage des Market Instituts unter Leitung von Werner Beutelmeyer zur Stimmung unter den Landwirten belegt eine optimistischere Stimmung als in den vergangenen Jahren. Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger und der Bauernbund feiern die Umfrage als großen Erfolg. Trotz der Umfrage ist es für die Bauern in den vergangenen Jahren dennoch nicht leichter geworden.

Die Umfrage-Zahlen des Market Instituts klingen nach rosigen Zeiten für die Landwirte: 65 Prozent der oberösterreichischen Bauern glauben, dass sich die Situation in der Landwirtschaft in den nächsten Jahren verbessern wird. Die Stimmung in Oberösterreich liege

## Gute Stimmung in OÖ

laut Market-Chef Beutelmeyer sogar signifikant höher, als im übrigen Land. So plane jeder zweite Bauer (52 Prozent) in den kommenden ein bis zwei Jahren Investitionen. Österreichweit liegt dieser Wert mit 43 Prozent deutlich darunter. Geschätzt wird ein Investitionsvolumen von über einer Milliarde Euro in Oberösterreich.

Laut Beutelmeyer liege der gestiegene Optimismus auch an der Preissituation. So haben sich etwa die Preise für Schweine und Kälber erholt, auch beim Milchpreis gab es einen leichten Anstieg. Der Zweckoptimismus der Bauern und die leicht entspannte Situation am Markt sind jedenfalls für Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger ein echter Grund zum Feiern. Gegenüber dem „Neuen Volksblatt“ heimst er sich die Lorbeeren ein: „Dies zeigt uns, dass wir trotz der schwierigen Bedingungen des Marktes die richtigen politischen Schritte gesetzt haben, um die bäuerliche Landwirtschaft in Oberösterreich zu halten und zu sichern.“

Solche Worte klingen in Zeiten des massiven Bauernsterbens und der anhaltend schwierigen Situation für die heimischen Bauern fast wie Hohn. Man darf nicht vergessen: Die Land-

wirte haben in den letzten vier Jahren in Folge ein Einkommensminus hingenommen und verdienen im Durchschnitt nur noch 1.320 Euro. „Das bewegt sich irgendwo zwischen Armutsgrenze und Mindesteinkommen und ist der Turbo für das Bauernsterben“, kommentierte der Obmann der Freiheitlichen Bauern OÖ, Franz Graf, diese Entwicklung. Und weiter: „Angesichts des Knowhows und des täglichen Fleißes unserer Landwirte in Feld und Stall und der Qualitätsprodukte, die daraus entstehen, ist der Einkommensverlust der Bauern hochgradig ungerecht.“

## Kein Grund zu jubeln

Ganz im Gegensatz zu den Hurra-Meldungen des ÖVP-Agrar-Landesrates Hiegelsberger geht etwa der Generalsekretär der Landwirtschaftskammer Österreich, Josef Plank, davon aus, dass bis zum Jahr 2025 ein Viertel der österreichischen Bauern den Betrieb aufgeben werden. Man kann sich die Ergebnisse der Umfrage nur mit Zweckoptimismus der noch verbliebenen Bauern erklären. In Österreich „sterben“ durchschnittlich sieben landwirtschaftliche Betriebe pro Tag weg. Im Jahr 2016 gab es in Österreich 161.200 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die 410.900 Menschen beschäftigten. Im Schnitt bewirtschafteten sie 45,7 Hektar.

Seit dem EU-Beitrittsjahr 1995 ist die Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe um ein Drittel zurückgegangen, zeigt die Agrarstrukturerhebung, die von der Statistik Austria alle drei Jahre durch-

im Zeitschriftenhandel erhältlich

Jetzt

Info-DIREKT  
lesen  
und aus  
der Wut  
wird Mut.

Jahresabo nur 30,- Euro



[www.info-direkt.eu](http://www.info-direkt.eu)

# wirte blicken optimistischer in die Zukunft vorsichtiger Zuversicht



Foto: mschbay

geführt wird. In der jüngsten Dreijahresperiode (2013 bis 2016) gab es einen Rückgang der Betriebszahl um drei Prozent. Der Trend scheint also nach wie vor zu sein: Wachse oder sterbe!

## Bodenversiegelung

„In Industrieländern wie Österreich nimmt die landwirtschaftlich genutzte Fläche ab. Dafür entstehen immer mehr Straßen und Gebäude. Im Jahr 1961 waren 49 % der Landesfläche Österreichs landwirtschaftlich genutzt, heute sind es nur mehr 38 %. Auch die Bauern werden immer weniger“, warnt auch der Verein „Land schafft Leben“ in einer Aussendung,

wie die Bezirksrundschau im Februar des heurigen Jahres berichtete. Dabei ist ein stabiler, kleinstrukturierter und wertschöpfender Bauernstand das Rückgrat der Wirtschaft in Oberösterreich. Im Land ob der Enns gibt es derzeit noch rund 33.000 landwirtschaftliche Betriebe, die 45.000 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Mit einem Produktionswert von rund zwei Milliarden Euro sichert die Land- und Forstwirtschaft nicht nur die Wertschöpfung in der Region, sondern mit ihren 100.000 Arbeitsplätzen im vor- und nachgelagerten Bereich indirekt auch jeden sechsten Arbeitsplatz in Oberösterreich, wie etwa die OÖN berichteten. Ein Bauernhof ist aber nicht nur

Arbeitsplatz sondern ein durch und durch kultureller Ort. Die bäuerliche Wirtschaftsweise prägt unsere Kulturlandschaft seit vielen Jahrhunderten. Bäuerliche Traditionen, Brauchtum, Musik und Trachten defi-

## Agrarindustrie

nieren das Bild des Alpenraums ganz entscheidend. Inzwischen ist der Bauernhof aber sozial bis zur Unkenntlichkeit deformiert. Nebenerwerbswirtschaft und der Zwang zum Wachsen haben aus der bäuerlichen Landwirtschaft zunehmend eine Agrarindustrie entstehen lassen. Mit unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft verschwindet aber auch die Ar-

tenvielfalt, das soziale Netz im ländlichen Raum, die Gesel-

## Selbstversorgung?

ligkeit und Brauchtumpflege, die Selbstversorgungsfähigkeit der Bevölkerung, ökologische Umsicht und echter Naturschutz und Erhaltungswillen. Damit verschwinden Kompetenzen und Kulturgüter, die der gesamten Bevölkerung des ländlichen Raumes zu Gute kommen. Diese qualitativen Elemente sind – wenn keine politischen Maßnahmen folgen – dem schrittweisen Untergang geweiht. Daran ändern auch Siegesmeldungen des Bauernbundes oder des Agrar-Landesrates nichts.

## Ährensache



### Erfundene Sitzungen?

Für die Einberufung und Durchführung einer Ortsbauernausschusssitzung gibt es genaue Vorschriften, die bekannt und die einzuhalten sind. In einem bekannt gewordenen Fall, wurde eine Sitzung erfunden und auch ein Protokoll der zuständigen Bezirksbauernkammer vorgelegt. Aufgefallen ist die Sache, weil ein UBV-Fraktionsmitglied die Protokolle vieler Ortsbauernschaften kontrolliert hatte. Der UBV, stellt sich in dieser Affäre um „gefälschte Protokolle“, als Aufdecker dar

### Alois Ganglmayr

und ließ über die Medien verbreiten, dass es noch weitere Missstände gäbe und forderte deshalb eine außerordentliche Kontrollausschusssitzung. Die schriftliche Aufforderung, die ich als Kontrollausschusssobmann an den UBV gerichtet habe, Fakten zu den Vorwürfen auf den Tisch zu legen, um sie korrekt und sachlich prüfen zu können, wurde ignoriert! Stattdessen wandte man sich an die Medien und verbreitete zudem, dass ich als „Zudecker“ agieren würde. Das ist schlichtweg falsch! Der Vorfall in St. Florian am Inn ist zu verurteilen, doch der Fall ist geklärt. Der zuständige Ortsbauernobmann ist von seiner Funktion zurückgetreten und hat auch sein Sitzungsgeld zurückgegeben. Als Kontrollausschusssobmann ist es mir ein Anliegen, sachlich, genau und korrekt derartige Vorwürfe zu prüfen. Doch wir führen keine Personen willkürlich im Kontrollausschuss und schon gar nicht in den Medien vor!



## Bauernbundfunktionärin schockt mit Verhöhnung der Meinungsfreiheit

Wie denkt der Bauernbund über die politischen Mitbewerber? In der letzten Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ ist KR Daniela Burgstaller eine entlarvende Aussage über die Lippen gegangen: „Ihr dürft sagen was ihr wollt, leider, und wir dürfen auch sagen was wir wollen“, gefolgt von allgemeinem Gelächter von Seiten des Bauernbundes OÖ. Eine merkwürdige Einstellung zur Rede- und Meinungsfreiheit, auf die sich in ihren Ausführungen sogar wenige Sätze vorher berief.

## Ist eine Zusammenlegung verfassungswidrig? Sozialversicherungsfusionen

**Laut eines rechtswissenschaftlichen Gutachtens, das die vier bundesweiten Sozialversicherungen (SVA, BVA, VAEB, SVB) in Auftrag gegeben haben, könnte eine mögliche Fusion der Sozialversicherungsträger an verfassungsrechtliche Grenzen stoßen.**

Anstoß für das Gutachten welches die beiden Verfassungsexperten Univ.-Prof. Theo Öhlinger und Konrad Lachmayer erstellt haben, war die von Sozialminister Stöger initiierte Effizienzstudie und die daraus resultierende Diskussion um die Zusammenlegung von So-

zialversicherungsträgern. Konkret wurde in dem Gutachten das Konzept eines sogenannten „Länderkassenmodells“ (ein Krankenversicherungsträger pro Bundesland) beurteilt. Die Umsetzung eines solchen Modells stoße laut Gutachten in mehrerlei Hinsicht an verfassungsrechtliche Grenzen. Unter anderem sei hier das Selbstverwaltungsprinzip zu nennen. Denn ist nahezu die gesamte Bevölkerung eines Bundeslandes in einer Kasse zusammengefasst, könnten die spezifischen Interessen der einzelnen Gruppen nicht ausreichend berücksichtigt wer-

den. Man stelle sich zwar nicht grundsätzlich gegen Reformen, betonte SVB-Obfrau Theresia Meier, denn „im Vordergrund bei solchen Reformen sollten primär die Interessen der Versicherten und die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen stehen.“ Die Reformdiskussion rund um das Sozialversicherungswesen wird dennoch weitergeführt werden, liegt aber bis zur Nationalratswahl im Herbst zunächst auf Eis, wie so viele dringend notwendige Reformvorhaben, um die österreichische Verwaltung zu verschlanken.

## Aktion der Freiheitlichen Bauern zum Weltmilchtag

**Anlässlich des Weltmilchtages am 1. Juni warb die Freiheitliche Bauernschaft mit einem Aktionstag für das Naturprodukt Milch.**

Dem Konsumenten sollte wieder bewusst werden, dass unsere Milch ein natürliches und gesundes Lebensmittel ist, das Verbraucher in Form von Trinkmilch, Käse, Topfen, Joghurt, Eis und in vielen anderen Lebensmitteln tagtäglich verzehren. „Eigentlich sollte jeder Tag Weltmilchtag sein“, kommentiert LK-Rat Alois Affenzeller die Aktion. Durch das Milchquoten-Ende gebe es nicht viel Grund zum Jubeln für die Milchbauern durch Überproduktion und Preisverfall. Österreichs

Milch und Milchprodukte stehen für höchste Qualität mit strengsten Qualitätsstandards und hohen Umweltauflagen. Die Milchproduktion hilft dabei, dass das Grünland in den

alpinen Regionen gepflegt und erhalten bleibt. „Der Weltmilchtag wird seit 1957 in mehr als 30 Nationen begangen“, so Affenzeller abschließend.





## BRD und Österreich: Vertreter stimmten sich zu Themen rund um die GAP ab

Um im Verhandlungsprozess rund um die GAP mehr Schlagkraft zu entwickeln, stimmten sich in Krems deutsche und österreichische Vertreter der Landwirtschaft über eine gemeinsame Linie ab. Vor allem die Herkunft der landwirtschaftlichen Produkte soll für den Konsumenten besser ersichtlich sein. Auch die Bildungs- und Beratungsangebote für Landwirte sollen weiter verbessert werden. Man halte zudem am Zwei-Säulen-Modell aus Direktzahlungen und Förderprogrammen fest.

Foto: pixabay

## Wir Bauern



## Warum schweigen Sie, Herr Minister?

In der letzten Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ konnte eine langjährige Forderung der Freiheitlichen Bauern einstimmig auf den Weg nach Wien geschickt werden: Eine verpflichtende Herkunftsbezeichnung für österreichische Produkte. Bislang wurde argumentiert, dass wir doch das AMA-Gütesiegel dafür hätten. Doch für uns ist das nicht ausreichend! Vielleicht scheute man es auch einfach, dies mit Nachdruck von der EU zu fordern. Die französische Regierung konnte

### Franz Graf

nach Verhandlungen mit der EU-Kommission eine entsprechende Herkunftskennzeichnung durchsetzen. Mit Beginn des Jahres 2017 hat Frankreich nun eine obligatorische Herkunftskennzeichnung für Fleisch und Milch in verarbeiteten Produkten eingeführt. Bei Fertigprodukten, die einen Milch- oder Fleischanteil von über 8% beinhalten, muss eine Herkunftskennzeichnung erfolgen. Österreichische Produkte, auch ohne AMA-Gütesiegel, sind im Vergleich mit anderen Ländern sehr hochwertig. Wir haben die strengsten Tierschutzgesetze in ganz Europa! Diese Maßnahme würde nicht nur den Wünschen der Konsumenten gerecht werden, sondern auch neue Märkte erschließen. Frankreich hat es geschafft, seine nationalen Interessen in der EU durchzusetzen. Das erwarten auch wir! Sollte dies der amtierende Minister nicht mehr auf den Weg bringen, darf sich der Folgende angesprochen fühlen. Wir werden ihn daran erinnern!

Foto: pixabay



Foto: pixabay

# Natura2000-Schikanen der EU erzürnen Bauern Haimbuchner stemmt sich gegen das Diktat aus Brüssel

„Eine zwangsweise, großflächige Vorschreibung von Schutzgebieten, wo nicht einmal das Vorhandensein von Schutzgütern hinreichend geklärt ist, geht ganz klar zu Lasten der kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Strukturen und somit zu Lasten der Menschen und der Wirtschaft. Ich spreche mich vehement gegen zwangsweise großflächige Nominierungen von Schutzgebieten aus. Man muss das Ziel gemeinsam mit Hausverstand und Augenmaß erreichen“, betonte Naturschutzreferent LH-Stv. Manfred Haimbuchner in einer Pressekonferenz bereits am 21. März. In der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ, am 22. Juni, sprach sich auch der Bauernbund

gegen „die Umsetzung dieser vorgeschlagenen Gebietsausweisungen aus“. Nur KR Stammler, Grüne Bäuerinnen und Bauern OÖ, stimmte dagegen. „Man macht ein zu großes Schreckgespenst aus Natura 2000“, so Stammler. Ganz im Sinne der Bundessprecherin der Grünen, Ingrid Felipe, die im März verlautbaren ließ: „Es ist unangebracht, sich davor zu fürchten“. Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger spricht hingegen von kalter Enteignung und „wir werden das nicht mehr tolerieren“.

Dabei darf man allerdings nicht vergessen, wer uns diese Misere eingebrockt hat. In Brüssel haben die ÖVP-Funktionäre jedenfalls fleißig mitgestimmt. Am Vormittag des 23. Juni haben sich die Naturschutz-Landesräte aller neun Bundesländer darauf geeinigt, geschlossen mit Brüssel Gespräche aufzunehmen.

Ein vierköpfiges Verhandlungsteam unter der Leitung von LH-Stv. Haimbuchner wurde dafür ausgewählt.



Foto: FPÖ OÖ

**FREIHEITLICHE  
JUGEND  
OBERÖSTERREICH**

**MICHAEL RAML**  
Bundesrat

**MANFRED HAIMBUCHNER**  
Landeshauptmann-Stv.

**ECHE PATRIOTEN:**

**DEI HOAMATLAND**

**BRAUCHT DI!**

**SEI DABEI: ECHE-PATRIOTEN.AT**



[WWW.ECHTE-PATRIOTEN.AT](http://WWW.ECHTE-PATRIOTEN.AT)